



Das absurde Theater der großen Medien

Description

Dieses Land, Deutschland, steckt in einer tiefen Krise. Es ist nicht Deutschland alleine, es sind mehr oder weniger alle Länder der sogenannten westlichen Hemisphäre, des entwickelten kapitalistischen Wirtschaftssystems. Ich empfinde die Krisenerscheinungen hier als besonders ausgeprägt, sie haben manchmal schon etwas von absurdem Theater.

Man kann die Krisenerscheinungen mittlerweile überall beobachten – in der Politik, in der Bildung, in der Wirtschaft, im gesamten sozialen Gefüge. Und in den Medien, darum soll es jetzt gehen.

Da sagte doch Frau **Baerbock** vor einigen Tagen, es wäre ihr egal, was die deutschen Wähler denken oder je nach Lesart auch, was ihre Wähler denken. Sie verstehe sich als Interessenvertreterin der Ukraine. Dabei bleibe sie auch dann, „wenn die Menschen in großer Zahl wegen der hohen Energiekosten auf die Straße gehen.“ Egal, wie schlecht es den deutschen Bürgern geht, die Unterstützung eines Landes, das man getrost als das korrupteste Staatsgebilde Europas bezeichnen kann, ist ihr wichtiger. Politiker werden gewählt, um sich um das Wohlergehen der Bürger zu kümmern – eigentlich (siehe auch [„Baerbock, der Schicksalsschlag unserer Nation“!](#))

In einer funktionierenden vierten Gewalt, den Medien, hätte es einen Aufschrei der Entrüstung gegeben. Das, was die Quantitätsmedien aber zustandebrachten, war im Wesentlichen eine entschuldigende, verharmlosende Umdeutung der Baerbock-Worte.

Olaf **Scholz** behauptete vor der Bundestagswahl bei einem der Kandidatenduelle in der ARD, Deutschland sei von russischem Gas nicht abhängig. Scholz tat diese Falschaussage, obwohl er in der Großen Koalition unter Merkel genau daran mitgearbeitet hatte. Auch hier der Cum-Ex-Gedächtnisschwund?

Wo blieb der Widerspruch von Journalisten? In einer funktionierenden vierten Gewalt hätte es kritische Nachfragen gegeben, Redaktionen hätten der deutschen Öffentlichkeit die Fakten prominent präsentiert – Deutschland bezog seinerzeit mehr als 50% des Erdgases aus Russland. Scholz hätte als Lügner dagestanden.

Ich will hier nicht mehr über „Corona“ reden. Aber die Wende der vierten Gewalt zum Regierungsorgan fand schleichend statt. Sie begann lange vor „Corona“, aber „Corona“ brachte den qualitativen Sprung von der Tendenz zur straffen Ausrichtung

Die ehemalige rbb-Intendantin und frühere Journalistin Patricia **Schlesinger** hat die Eigennutz-Optimierung



der TV-Funktionäre nicht erfunden, aber den Stand der Verkommenheit illuminiert, schreibt Gabor Steingart. Auch in anderen Sendern nutzen ehemalige Journalisten den öffentlich-rechtlichen Auftrag für den Ausbau von Privilegien. Die staatlich garantierten Einnahmen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro fördern ein solches Geschäftsmodell. Man muss sich nicht anstrengen, muss sich nicht anlegen mit den Regierenden, die man als vierte Gewalt eigentlich zu kontrollieren hat. Das Geld kommt von alleine, man muss nichts dafür tun,

Aus dem NDR ist mittlerweile ein ganzes System bekannt geworden, wie kritische Mitarbeiter und Beiträge auf die richtige politische Linie gebracht wurden. Eine Beschwerde zahlreicher Mitarbeiter in Bezug auf diesen „politischen Filter“ wurde im vergangenen Jahr untergebuttert. Jetzt kommt das wenigstens wieder hoch.

Die Selbstkontrolle durch die Fernseh- und Verwaltungsräte ist eine Farce. Die Sitzungen bieten die Gelegenheit, die Interessen der dort agierenden Partei-Politiker mit den zu kontrollierenden Funktionären des öffentlichen Rundfunks unter einen Hut zu bringen. Das Ergebnis ist evident: Die Sender sind stramm auf Regierungslinie, dafür schaut man beim Postenschieben und Ergattern von persönlichen Vergünstigungen nicht so genau hin. WDR-Intendant Tom Buhrow hat das mit seinen „Parlamentarischen Abenden“ perfektioniert.

Bis es eben jemand, Schlesinger, mal mit der feudalen Pracht unübersehbar übertrieben hatte und den Gebührenzahler auch noch für private Essenseinladungen zur Kasse bat. Interessant, dass Business Insider den Skandal ans Licht brachte, das Organ zählt zu den Axel Springer Marken.

Die Beschäftigten der öffentlich-rechtlichen Sender scheeren sich nicht um Kritik an ihren mangelnden originär journalistischen Aktivitäten. Im Gegenteil, sie rücken immer wieder wahrheitswidrig jede Kritik, jeden Bürger-Protest in die Nähe des Rechtsextremismus. Man macht es sich lieber einfach, kritische Fragen machen Arbeit, Recherchen auch. Das Gehalt ist sicherer, wenn man mit dem Strom schwimmt als gegen ihn. Die Kunden können nicht kündigen, also alles paletti.

Dieser Stil hat sich mittlerweile weit über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk hinaus eingebürgert.

Ideen, Denken, Weltanschauungen sind gleichförmig geworden. Warum anecken, wenn es auch einfacher geht. Den Tenor der Berichterstattung geben sowieso die großen Agenturen oder Zentralredaktionen vor, da pflegt man doch lieber das Gehabe von Beamten und Befehlsempfängern. Und da der Kunde kaum noch Wahlmöglichkeiten hat, braucht man auch finanzielle Einbußen nicht zu fürchten. Zumal es schöne staatliche Zuwendungen über besondere „Projekte“ und Anzeigenschaltungen gibt. Und natürlich Gaben von Menschenfreunden á la Gates (siehe z.B. [hier!](#)).

Was bei „Corona“ galt, gilt auch jetzt: Kritik an der Russland-Politik gilt als verfehlt, man könnte sagen, unpatriotisch. Keiner in dieser gleichförmigen Medienlandschaft der Quantitätsmedien thematisiert die offenkundige Tatsache, dass die Sanktionen des Westens insbesondere die deutsche Wirtschaft schädigen.

Fragt mal jemand, wem das alles nutzt? Journalisten als fünfte Kolonne der Nato? Das aber ist die zentrale Frage, wenn es um Politik geht – cui bono. Auch kommt kein Journalist großer Medien mal auf die Idee, sich mit dem Bundeskartellamt zu beschäftigen, der Behörde, die u.a für Preiskontrolle verantwortlich ist. Thema Tankrabbat und Explosion bei den Energiepreisen.

Stattdessen überschlagen sich die Quantitätsmedien im Ruf nach Entlastungspaketen des Staates.

Das hat Wirkung und verursacht keine Arbeit. Aber die wichtige Frage wird nicht diskutiert: Statt die Marktwirtschaft durch strenge Ordnungsprinzipien zu sichern, lässt die Regierung die hemmungslose Bereicherung mit Krisengewinnen zu. Die nachgeschobenen staatlichen Trostpflaster wandern sodann mehr oder weniger direkt wieder in die Taschen der Krisengewinner.

So findet eine Debatte über eine der Grundfesten dieses Wirtschaftssystems nicht statt. Und Unwille in der Bevölkerung wird mit [Brot-und-Spiele-Aktivitäten eines 9-Euro-Tickets](#) klein gehalten und von den Medien eifrig beklatscht. Der Staat möchte Ruhe an der Heimatfront, mildernde Umschläge sollen das Volk besänftigen, ruhig stellen, in Ohnmacht halten. Opium für das Volk. Und die Quantitätsmedien übermitteln das in jedes deutsche Wohnzimmer.

Die Medien sind darüber hinaus mittlerweile getrimmt darauf, auf Nebenkriegsschauplätzen Empörung zu schüren. Dazu bietet sich alles an vom Gendern über die sogenannte Antidiskriminierung bis hin zur Erfindung des soundsovielten (diskriminierten) Geschlechts. Ganz nebenbei werden so die sozialen und kulturellen Strukturen und Traditionen untergraben. Alles, was früher einmal von ideellem Wert war, gilt jetzt als Erfindung des alten weißen Mannes. **Man gibt vor, kein Rassist zu sein und ist es in dieser Haltung doch in ganz besonderer Weise.** Auflösung von Strukturen bedeutet Verunsicherung, Vereinzelung, jeder geht gegen jeden. Gut für die, die herrschen.

Das ist genau das, was das „staatstragende“ dieser Art von Journalismus heute ausmacht. Zudem gehört nicht viel Fachwissen dazu. Es macht keine besondere Arbeit, Empörung über diese oder jene Belanglosigkeit anzufachen. Wer am besten agitieren, die Stimmung am besten lenken kann, ist oben auf.

Das, was die eigentliche journalistische Arbeit ausmacht, bleibt auf der Strecke: Die scharfe Kontrolle der Politik auf allen Ebenen, die Beförderung von Debatten über Fragen gesellschaftlicher Relevanz, die Vielfalt der Meinungen. Aufgabe der Medien wäre kritische Distanz, Zweifel, Wahrheitssuche und Wissen gegen Wirkung und Macht der Politik zu stellen. Fehlanzeige!

Medien, die sich in einer Echoblase nur noch selbst zuhören, braucht eine demokratische Gesellschaft nicht. Umgekehrt: Mit solchen Medien stirbt die Demokratie. Wissen ist die Grundlage einer modernen Demokratie. Wissen entsteht durch eine respektvolle, offene und freie Debatte unterschiedlicher Meinungen. Meinungsfreiheit zählt nicht zufällig zu den im Grundgesetz verankerten höchsten Rechtsgütern.

Vielfalt ist die Bedingung für das Funktionieren eines evolutionären Prozesses. Das gilt auch in Bezug auf die Medien. Die Uniformität in der Landschaft der Quantitätsmedien legt sich wie Mehltau über diese Gesellschaft und erstickt nach und alles – die Neugier, die Ideen, die Initiative, das Leben.

Ergänzung:

Man darf gespannt sein, wie die Medien das gerade beschlossene 65 Mrd. Euro teure „Deutschland steht zusammen“-Entlastungspaket kommentieren. Ich gehe davon aus, dass es per Saldo auf mittlere Sicht niemanden wirklich entlastet – siehe z.B. den Tank-Rabatt. Die kurzfristigen Effekte sollen die Bevölkerung ruhig stellen, sie verpuffen schnell. Und volkswirtschaftlich ist es ein weiterer Schritt in Richtung Zentralwirtschaft mit dem Prinzip, Unternehmensgewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren (siehe z.B. Uniper). Mal schauen, ob man davon etwas hört in den Quantitätsmedien.